

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

ERSTE WAHLPERIODE

Stenographischer Bericht

über die

**1. bis 3. Sitzung
des Landtages Nordrhein-Westfalen**

am 19., 20. und 21. Mai 1947

**in den Henkel-Werken
zu Düsseldorf-Holthausen**

1. Sitzung am 19. Mai 1947

Tagesordnung:

	Seite:
1. Feststellung des Alterspräsidenten	9
2. Bestellung zweier vorläufiger Schriftführer	9
3. Namensaufruf und feierliche Verpflichtung der Abgeordneten des Landtages	10
4. Wahl des Landtagspräsidiums	16
5. Festsetzung der Tagesordnung für die Sitzung am 20. 5. 47	22

Rednerliste:

	Seite:
Abg. Dr. Adenauer (CDU)	12, 16, 17, 18, 22
Ministerpräsident Dr. Amelunxen	17, 18, 20—22
Abg. Blank (KPD)	12, 16
„ Blücher (FDP)	22
„ Dr. Bollig (CDU)	14
„ Brockmann (Ztr)	13
„ Büttner (CDU)	14
„ Gnoss (SPD)	17
„ Gockeln (CDU)	16, 17, 18, 19, 20, 22, 23
„ Görlinger (SPD)	12, 13, 14, 17, 19
„ Henssler (SPD)	16
„ Jacobi (SPD)	18
„ Dr. Lehr (CDU)	13
„ Dr. Pünder (CDU)	12
„ Renner (KPD)	12, 13, 16, 17, 19
„ Reimann (KPD)	22
„ Rippel (CDU)	13
„ Dr. Schneemann (CDU)	9, 12, 14, 16, 17, 18
„ Winter (CDU)	14

2. Sitzung am 20. Mai 1947

Tagesordnung:

	Seite:
1. Bericht und Aussprache über die Ernährungslage (Rede des Ernährungsministers Lübke)	24
2. Wahl des Ministerpräsidenten	24
3. Wahl der Ausschüsse	36
4. Wahl der Mitglieder des Zonenbeirates	37

Rednerliste:

	Seite:
Abg. Dr. Adenauer (CDU)	38
„ Albers (CDU)	38
Ministerpräsident Dr. Amelunxen	24
Abg. Brockmann (Ztr)	37, 38
„ Hensler (SPD)	37, 38
Landtagspräsident Gockeln	24, 36, 37, 38, 39
Abg. Jochem (SPD)	39
Ernährungsminister Lübke	24—35
Abg. Middelhaue (FDP)	37, 38
„ Renner (Zur Geschäftsordnung)	36, 37, 38, 39

3. Sitzung am 21. Mai 1947

Tagesordnung:

	Seite:
1. Fortsetzung der Aussprache über die Ernährungslage (Annahme einer Entschließung)	40
2. Bericht des Verfassungsausschusses über das Ergebnis der Wahl- prüfung	42
3. Wahl des Ministerpräsidenten	42

Rednerliste:

	Seite:
Abg. Arnold (CDU)	43
Abg. Eichler (SPD)	42
Vizepräsident Gnos	40
Landtagspräsident Gockeln	40, 42, 43
Abg. Hensler (SPD)	43
Abg. Jacobi (SPD)	40
Abg. Reimann (KPD)	43

1. Sitzung des Landtages am 19. Mai 1947

Eröffnung der Sitzung um 15.25 Uhr

Feststellung des Alterspräsidenten.

Abg. Dr. Schneemann (CDU): Meine Damen und Herren! Gestern abend erhielt ich die Nachricht vom Sekretariat des Landtages, daß ich das älteste Mitglied des Landtages sei. Ich bin geboren am 15. April 1873. Ich bitte den, oder die von Ihnen, die älter sind, sich hier zu melden. Es scheint nicht, daß ein älteres Semester da ist, also: 15. April 1873. Da sich niemand meldet, bin ich das älteste anwesende Mitglied und auch bereit, die Geschäfte des Alterspräsidenten zu führen, bis die Wahl des Landtagspräsidenten getätigt ist.

Bestellung zweier vorläufiger Schriftführer.

Meine Damen und Herren! Ihre erste Pflicht ist es, mich zu unterstützen und zwar durch provisorische Schriftführer. Es ist früher vielfach Übung gewesen in den Parlamenten, daß die beiden jüngsten Mitglieder des Hauses zu dieser Stellung berufen werden. Ich habe festgestellt, daß die beiden jüngsten Mitglieder des Landtages folgende Herren sind,

1. der Abg. Hans Walter Blank, geboren 21. Januar 1918, Ist Herr Blank hier? (Zuruf: Ja.) Ferner
2. der Abg. Josef Rick, geboren 14. April 1912.

Ich bitte die beiden Abgeordneten, sich hier zu mir zu begeben und ihren Dienst aufzunehmen. (Geschicht.)

Eröffnung der ersten Sitzung des gewählten Landtages.

Meine Damen und Herren! Ich erkläre hiermit die erste Sitzung des gewählten Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen für eröffnet. Es ist mir eine unerwartete Ehre, Alterspräsident des Hohen Hauses zu sein. Nach dem verlorenen Krieg liegt unser Vaterland in tiefster Not am Boden, von allen Seiten angegriffen, geschmäht und verhöhnt. Die Not ist auf einen unvorstellbaren Höhepunkt gestiegen. Aber je größer die Not unseres Vaterlandes ist, desto heißer unsere Liebe für unser Volk. Wir wollen keine weinerliche Klage erheben, aber etwas können wir fordern. Wir fordern Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Vernunft. Wir wollen kein Almosen, wir wollen aber arbeiten und die Werkzeuge, die uns die Arbeit ermöglichen.

Man spricht so viel von der Kollektivschuld des deutschen Volkes. Ob eine solche Schuld besteht, darüber wird die Geschichte entscheiden. Die Geschichte wird auch die Frage zu prüfen haben, ob es nicht gerade fremdländische Einflüsse und Beispiele waren, die für die Machthaber des Nationalsozialismus richtunggebend waren. (Zuruf links: Na, na.) Das deutsche Volk kann jedenfalls eine Kollektivschuld unter keinen Umständen anerkennen. Es hat, nachdem es die wahre Natur des Nationalsozialismus erkannt hatte, in seiner übergroßen Mehrheit den Nationalsozialismus bekämpft (Lachen links) und abgelehnt. Zeuge dafür sind die Zehntausende, die in vollem Bewußtsein der enormen Gefahr, die sie damit liefen, dieses System bekämpft haben.

Meine Damen und Herren! Der deutsche Genius, dem die Menschheit so viele unvergängliche Errungenschaften des Geistes verdankt, wird auch in Zukunft trotz allen Unglücks imstande sein, das Reich wieder aufzurichten, ein Reich des Friedens, der Gerechtigkeit und des gesunden Fortschritts. Um so sicherer wird dieses erhabene Ziel erreicht werden, wenn die demokratischen Grundsätze, zu denen wir uns freudig bekennen, von allen Seiten nicht nur gepredigt, sondern auch vorgelebt werden.

2. Sitzung des Landtages am 20. Mai 1947

Beginn: 15.05 Uhr

Vertagung der Wahl des Ministerpräsidenten.

Landtagspräsident Gockeln: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung. Gemäß der gestern bekanntgegebenen Tagesordnung haben wir auf gemeinsamen Beschluß der Parteivorsitzenden und des Ältestenausschusses den Punkt 2 der gestern bekanntgegebenen Tagesordnung auf den morgigen Tag verlegt, d. h., daß die Wahl des Ministerpräsidenten für den morgigen Tag vorgesehen wird. Da sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß sich das Hohe Haus mit dieser Regelung einverstanden erklärt.

Vor Beginn der Entgegennahme der Erklärung des Ernährungs- und Landwirtschaftsministers, wie bereits gestern in Aussicht gestellt, hat der Ministerpräsident das Wort zu einer kurzen Bekanntgabe. Ich bitte darum.

Ministerpräsident Dr. Amelunxen: Meine Damen und Herren! Der Herr Landtagspräsident, Minister Gockeln, hat in der gestrigen Landtagsitzung sein Ministeramt mir zur Verfügung gestellt. Ich habe diese Demission heute angenommen. Ich spreche Herrn Minister Gockeln für seine unermüdliche Arbeit als Sozialminister und als Minister in unserem Kabinett den herzlichsten Dank aus. (Lebhafte Bravorufe.) Seine versöhnende und ausgleichende Art ist für die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Kabinettsmitglieder immer außerordentlich wertvoll gewesen.

Sodann habe ich heute den Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Arnold gebeten, im Rahmen des Geschäftsführenden Kabinetts und für die Dauer des Geschäftsführenden Kabinetts die Geschäfte des Sozialministers vorläufig zu übernehmen. Herr Minister Arnold hat sich damit einverstanden erklärt.

Landtagspräsident Gockeln: Das Hohe Haus hat die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten gehört, und ich stelle fest, daß Sie mit dieser Regelung einverstanden sind.

Bericht und Aussprache über die Ernährungslage.

Landtagspräsident Gockeln: In den Räumen dieses Hauses sind die Not und insbesondere die Ernährungsschwierigkeiten schon wiederholt Gegenstand der Darlegungen gewesen. So will auch heute der Herr Minister für Ernährung und Landwirtschaft dem Hohen Hause eine Darstellung dieser Frage geben, so wie sie sich im Augenblick aus den Verhandlungen und den zu treffenden eigenen Maßnahmen ergibt. Ich darf den Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft bitten, uns diesen Bericht zu erstatten.

Die Rede des Ernährungsministers.

Landwirtschaftsminister Lübke: Meine Damen und Herren! Ein hungern des Volk ist weder in der Lage, eine im Lauf befindliche Wirtschaft in Gang zu halten noch eine derartig zerbrochene, ein Ruinenfeld von Wirtschaft, wieder aufzubauen und für eine bessere Zukunft zu sorgen. Wenn man nach den unbeliebten Kaloriensätzen geht, so darf man vielleicht eine Feststellung von englischer Seite als wesentlich in den Vordergrund stellen: daß wir die 1550 Kalorien täglich für den Normalverbraucher bishe noch zu keiner Zeit seit vorigem Jahre voll erreicht haben. Wir sind in zwischen aber gar nicht mehr in der Lage, 1550 Kalorien auch nur annähernd zu geben; wir sind jetzt abgesunken auf Kaloriensätze in der 100. Zuteilungsperiode, die unter 1000 liegen, 800, 900 Kalorien, zum Teil bis auf 700 Kalorien. Es ist klar, daß daraus sich eine furchtbare Verelendung ergibt. Es ist klar, daß alle Volksteile davon ergriffen werden, natürlich abgesehen von den landwirtschaftlichen Erzeugern. Und alle Volks

teile versuchen unter diesen Umständen jeder für sich selber zu sorgen; alle versuchen, ob mit oder ohne Erlaubnis, sich das Erforderliche an Lebensunterhalt zu beschaffen. Der Hunger durchbricht alle Dämme. Und es wäre ein riesengroßer Irrtum, annehmen zu wollen, daß hier bei uns im Landtag oder in der Regierung eine Wirtschaftsplanung oder auch Ernährungsplanung aufgebaut werden könnte auf einer Situation wie der heutigen. Das ist gar nicht möglich. Ich könnte Ihnen aus meiner Praxis Beispiele geben, in welchem Umfange sogar die Verwaltung, die dafür zu sorgen hat, daß alles in Ordnung bleibt, sich an dem Durchbrechen der gegebenen Bestimmungen beteiligt. Es ist bei einem hungernden Volk, das nicht nur wirtschaftlich, nicht nur körperlich, physisch heruntergeht, sondern bei dem auch die Moral in Anspruch genommen wird, gar nicht möglich, derartige Rechtsetzung innezuhalten, weil der Hunger vor der Tür steht, weil die meisten Leute jedenfalls zunächst einmal an ihre eigene Not denken.

Wie konnte es zu einer derartigen Situation kommen?

Ich darf vielleicht noch auf folgendes verweisen: Das Schlimmste, was uns dabei passiert, ist nicht nur dieser physische und moralische Zusammenbruch, das Schlimmste ist, daß die Arbeitsleistung in unserem Gebiet geradezu grotesk heruntergegangen ist. Ich habe vom Gewerkschaftsbund Zahlen, z. B. über die Maurerleistungen. Es wurden für den cbm Mauerwerk früher benötigt: 1938 zwei Maurer, jetzt sechs Maurer, früher ein Handlanger, jetzt zwölf Handlanger. Bei Ausschachtungsarbeiten kamen auf eine Arbeitskraft früher acht cbm, jetzt drei cbm. Im allgemeinen wird gesagt, die Leistung ist unter 50 Prozent gesunken. Und was das Schlimmere ist, daß selbst das Punktesystem bei der Kohleförderung nicht mehr in der Lage ist, die alte Leistung aufrechtzuerhalten, diesen Motor für alles, die Kohle, in dem entsprechenden Ausmaß in der Förderung zu steigern, sondern wir sind seit den Apriltagen, damals in der Hungerkrise, heruntergegangen bis auf 210 000 Tonnen im Durchschnitt der vorigen Woche. Wie ich heute von Herrn Kollegen Nölting höre, ist sogar gestern oder vorgestern die Förderung zum erstenmal wieder auf 200 000 Tonnen zurückgegangen. (Hört! Hört!) Das ist ein Signal, das uns besagt: So, wie es jetzt ist, geht es überhaupt nicht weiter. Es geht auch nicht, daß wir lediglich auf weite Sicht planen, sondern wir müssen sofort Hilfe haben.

Nun zunächst, wie konnte es dahin kommen?

Wenn Sie sich die Auslandspresse ansehen, dann spricht man im Wirklichen von dem Versagen der deutschen Ernährungsverwaltung, von den vielen Hamster- und Schwarzmarktkäufen in Deutschland; man spricht von dem Versagen der deutschen Bauern. Selbstverständlich ist, daß an alledem etwas Richtiges ist.

Man spricht in Deutschland vielfach auch lediglich von dem Versagen der Militärregierung, die die erforderlichen Einfuhren nicht genehmigt bzw. durchgeführt habe. Auch daran ist etwas Richtiges. Aber im allgemeinen kann man sagen, daß die drei Faktoren zusammengewirkt haben zu dem Gesamtergebnis, vor dem wir heute stehen.

Wir brauchen uns ja nur vor Augen zu führen, daß das hiesige Gebiet sich auch in Friedenszeiten nur jeweils zwischen 50 und 60 Prozent ernähren konnte. Wir haben uns im gesamten Altreich vor dem Kriege im Durchschnitt zu 83 Prozent ernähren können, und daran war im wesentlichen beteiligt der dünnbesiedelte überschüssige Osten. Die Kornkammer ist uns genommen. Die östliche Kornkammer ist heute nicht mehr da, die helfen kann. Darüber hinaus ist das, was früher die Industrie für die Landwirtschaft leistete, auch in weitem Umfange ausgeblieben. Man kann hier im Westen bei der Landwirtschaft vor dem Kriege vielleicht sagen, daß schätzungsweise ein Drittel der agrarischen Erzeugung zugunsten der Industrie gerechnet werden mußte, nicht nur in Kunstdünger und Geräten, sondern auch bei Pflanzenschutzmitteln und allen derartigen Dingen, die an der Steigerung der Erzeugung, die seit dem Jahre etwa 1880 besonders

stark zugenommen hatte, sogar wesentlich stärker, als die Bevölkerungszunahme war, teil hatten. Dieser Industrieanteil ist gar nicht zu unterschätzen. Dieser Industrieanteil war von dem Zusammenbruch an praktisch nicht mehr da. Wir haben im Jahre 1946 z. B. an dem erforderlichen Stickstoff knapp zehn Prozent gehabt, und die anderen Kunstdüngerarten, Phosphor, Kali, usw., waren in nicht viel stärkerem Maße gegeben. Dazu kommt, daß insbesondere im Rheinland der Viehbestand sich ganz wesentlich vermindert hat, aber auch in Westfalen — ich komme nachher noch auf die Zahlen —, so daß die Düngung und die Bearbeitung des Bodens die Hauptfaktoren sind. Dazu kommt noch, daß das erforderliche Saatgut fehlt und alles nicht in Ordnung war. Also von der Erzeugungsseite her liegen die Dinge im argen.

Man sieht es am besten, wenn man die einzelnen Produkte sich vor Augen führt, wenn in der Erzeugung kein richtiges Saatgut zur Verfügung steht, wie uns z. B. in diesem Jahr in Kartoffeln, in Getreide, in Kleesamen, in Luzernesaat, desgleichen in weitem Umfange Geräte fehlten. Wir können normale Erträge nicht erwarten, selbst wenn alle übrigen Produktionsfaktoren da sind. Wenn darüber hinaus aber die Bearbeitungsmethoden nicht da sind, weil die Geräte fehlen, dann ist es selbstverständlich, daß die Erträge noch weiter absinken müssen. Man ist aber in Deutschland und z. T. auch im Ausland der Meinung, wenn das, was in Deutschland gewachsen wäre, mit Ausnahme dessen, was der Selbstverbraucher an Saatgut zurückhält, restlos zur Ablieferung gekommen wäre, die Situation auch besser sein würde.

Da möchte ich eingangs bei Behandlung dieses schwierigen Kapitels das eine sagen: Wenn bei einer solchen Notzeit wie der heutigen der große Teil des Volkes mit heruntergezogen wird in diesen Sumpf, der entsteht, wenn ein Volk hungert, dann wäre es ein Wunder, wenn der Bauer nicht unberührt bliebe. Wir haben im guten und im bösen versucht, die Erfassungsmethoden so zu gestalten, daß der Landwirt das, was er übrig hat von dem, was bei ihm bleibt, auch tatsächlich abgibt. Ich habe schon in meiner vorigen Landtagsrede gesagt, daß ich mir von einer nur polizeilichen Erfassung gar nichts versprechen kann. Ich glaube, das wird niemand von Ihnen.

Man muß ganz allgemein die Interessen des gut abliefernden Bauern in Übereinstimmung bringen mit den Interessen der Gesamtheit. Dann ist das Hauptwerk getan. Wenn man das nicht kann und wenn man dem Bauern seine Produktionsmittel nicht geben kann, die er braucht, und wenn man ihn verweist auf die Hilfe des Grauen oder Schwarzen Marktes, dann muß man sich nicht darüber wundern, wenn er selber Stufe um Stufe bis zum Schwarzen Markt heruntergeht.

Ich sage Ihnen, daß alles, was der Bauer braucht, zu bekommen ist. Es wird ihm sogar an die Tür gebracht, aber es wird ihm nicht deswegen an die Tür gebracht, um dort gegen Papiermark verkauft zu werden, das wissen Sie, sondern er muß etwas dafür geben. Wenn ein Bauer z. B. in unseren unglücklich zerstörten Kreisen im Rheinland — wir haben noch heute im Rheinland Tausende zerstörter Bauernhöfe — kein Baumaterial bekommt und wenn in einem Dorf nur zwei Pflüge vorhanden sind und die Bauern müssen sich gegenseitig damit aushelfen, und es kommt jemand mit Heusamen und Mistgabeln und sagt, die können Sie haben, ein halbes Pfund Speck kostet die Heugabel, glauben Sie, daß er es nicht gibt?

Ich kann es Ihnen aus tausenden Beispielen belegen! Zunächst gibt er es wahrscheinlich aus der Hausschlachtung. Demnächst richtet er sich darauf ein. Dann geht die ganze Planung darauf aus, das, was er an Kunstdünger notwendig hat, an Geräten und was er an Baumaterial braucht, das alles nur auf diesem Wege zu bezahlen ist. Und wenn wir diesen Weg weitergehen werden, ob wir es wollen oder nicht, oder wenn wir die Polizei einschalten, die Erfassung geht ihren Krebsgang weiter.

Ich sprach mit einem Bauern in dem zerstörten Gebiet, dem es in den Kuhstall hineinregnete. Ich fragte ihn, wieviel Getreide haben Sie abzuliefern? 120 Zentner, sagte er. Wieviel haben Sie abgeliefert? Sie können mir ruhig die Wahrheit sagen. 20 Zentner, sagte er. D. h. also, den sechsten Teil dessen, was er abliefern muß.

Wenn ich die Lieferungszahlen aus unserem Kreise — die zerstörten Kreise des Rheinlandes, die bis jetzt am Ende stehen — sehe, stehen hier die größten Zahlen der Nichtablieferung. Und da muß ich Ihnen sagen, daß ich selbst unter dem Zwang bereits heute dafür sorgen muß, daß Getreide an den Mann kommt, an den Handel oder an die Genossenschaften, daß ich da in in diesem Kreise das meiste Verständnis dafür habe.

Im übrigen steht die Getreideablieferung so, daß sich von den 481 000 t, die wir im Lande selbst aufzubringen haben, gegenüber einem Bedarf von 1 830 000 t, daß wir davon 92 Prozent aufgebracht haben. Wissen Sie, woher diese ganzen Zahlen in die Welt kommen?

Es ist sehr einfach erklärt, es ist nur sehr bitter, das zu erklären. Die hohe Zahl von rund 560 000 t, die ursprünglich im Vorjahre festgesetzt worden ist, und die schon von meinem Vorgänger bekämpft wurde, hat in den Akten in Hamburg und in Stuttgart bis vor kurzem ein ganz zähes Leben geführt. Diese Zahlen sind auch im Ausland gebraucht worden. Diese Zahlen verschulden es, daß Nordrhein-Westfalen bei der Getreideablieferung mit 78 Prozent genannt wurde.

Das ist der Grund, und erst jetzt hat sich das Zweizeonenamt in Stuttgart dazu verstehen können, die Zahlen endlich zu bereinigen.

Wie steht es mit den Kartoffeln? Die Not, die unsere Bevölkerung auf diesem Gebiete zu leiden hat, wäre nicht notwendig gewesen, in dem Umfange jedenfalls nicht. Wir haben voriges Jahr — ich muß dazu Stellung nehmen, ich tue es ungern — wir haben im Vorjahre die Kartoffelerfassung nicht richtig gemacht. Wenn wir in der britischen Zone keine Mißernte haben, sondern ungefähr auf eine Durchschnittsernte rechnen können, die Erfassung so rechtzeitig im Herbst und mit solcher Energie durchführen, wie bei diesem wichtigen Produkt geboten ist, dann muß es möglich sein, jedem Verbraucher einen Doppelzentner Kartoffeln zu geben. (Zuruf von links: Das ist voriges Jahr auch gesagt worden.)

Es ist voriges Jahr folgende Rechaung aufgemacht worden: Ich erkläre das, damit Sie verstehen, daß es nicht Unfähigkeit oder böser Wille war. Es ist gesagt worden, wir müssen die Kartoffel a n b a u f l ä c h e im nächsten Jahr verdoppeln, von 140 000 Hektar auf 260 000 Hektar. Die ganzen Pflanzkartoffeln dafür sollte der Bauer gleich bei sich zu Hause behalten. Das ist eine Fehlrechnung, wenn man so etwas macht, aber das ist der Grund gewesen. In diesem Zusammenhang kann ich vielleicht darauf hinweisen, daß trotz der Kartoffelnot, trotz der Not an Saatkartoffeln, wo manches Stück Grünland umgebrochen wurde, aber nicht mit Kartoffeln bestellt werden konnte, wie ursprünglich beabsichtigt, unsere Bauern den vollen Plan, der von 140 000 Hektar auf 260 000 Hektar geht, wahrscheinlich — die endgültigen Zahlen liegen noch nicht vor — zu 195 000 Hektar erfüllt haben. Das ist für die jetzige Zeit, meine Damen und Herren, bei diesem Mangel eine enorme Leistung. Es steht jedenfalls fest, daß der Wille noch dahinter steckt, den allgemeinen Anordnungen zu folgen.

Sehr schlecht und nicht zufriedenstellend ist die Milchablieferung. Ich hatte mir gerade in den Tagen des Mai einen raschen Anstieg der Milchlieferung vorgestellt. Wir hatten auch alle Vorbereitungen dafür getroffen. Wir haben eine Verordnung herausgegeben, die folgendes besagt: Alle diejenigen, die mit ihrer Milchlieferung unter 60 Prozent der Durchschnittslieferung liegen, erhalten keinerlei Butterrücklieferung. Sie erhalten eine Sonderumlage ihres Schlachtviehs von 200 kg pro 1000 Liter nichtgelieferter Milch. Das würde bedeuten, daß der Betreffende, wenn er in diesem schlechten Ausmaße weiterliefert, auf die Dauer sein Rindvieh aus dem Stall verliert; also es ist mindestens ein sehr starker Anreiz bei einzelnen Betrieben.

Bei dem, der zwischen 60 und 120 Prozent der Durchschnittslieferung an Milch liegt, ändert sich nichts. Wer über 120 Prozent liegt, der bekommt 50 Prozent mehr Butterrücklieferung als bisher, er erhält außerdem einen Bonus von 100 kg Fleisch pro 1000 Liter Mehrlieferung an Milch. Es ist in dieser Beziehung für die verschiedensten Molkereien ein gewisser Ansporn gewesen. Es ist auch festgestellt worden, daß viele Hamsterer mit leeren Flaschen von den Bauernhöfen zurückkehren. Die Lieferzahlen sind aber heute noch so, daß wir zunächst auf der Hälfte der Friedenslieferung stehen. Ich hoffe, daß wir im Mai und Juni höher kommen.

Der Hauptgrund, den ich mir denken kann, und das werden mir viele bestätigen können, ist der, daß das Vieh geradezu als Kleiderländer auf die Weide kommt, daß die Tiere völlig ausgehungert das Gras fressen. So ist die Entwicklung bei der Butterproduktion. Wir müßten 2800 t haben, die Ziffer liegt aber sogar noch unter 2000. Für uns eine bittere Enttäuschung.

Bei der **Fleischversorgung** — in unserem Lande stehen ungefähr eineinhalb Millionen Erzeugern Verbrauchermassen von über zehn Millionen gegenüber — können wir natürlich gar nicht daran denken, die erforderlichen Rationen zu erfüllen. Ich glaube aber auch, daß es auf die Dauer nicht möglich sein wird, eine Ration von 600 g aus den gesamten Viehbeständen der britischen und amerikanischen Zone zu erfüllen; ich glaube das nicht. Die Rindviehhaltung im Rheinland hat noch lange nicht den Friedensstand erreicht. In Westfalen stehen wir auf etwa 90 Prozent des Friedensstandes. In Süddeutschland sind die Verhältnisse besser.

Wir sind in der Schweinehaltung im Dezember 1945 auf etwa 50 Prozent des Friedensbestandes gewesen und sind seitdem langsam hier in der britischen Zone um 17 Prozent abgesunken. Bei diesen verminderten Viehbeständen, das können Sie sich denken, sind auch nur verminderte Fleischrationen möglich. Und wenn Sie sich überlegen, daß mit jeder Kuh, die geschlachtet wird, uns die Milchlieferung verlorengeht, und wenn Sie sich weiter vorstellen, daß mit jeder abgeschlachteten Kuh soviel Fett und soviel Eiweiß wegfällt, dann können Sie sich ein Bild davon machen, wie es in einem Jahr hinsichtlich der Milchablieferung aussehen wird.

Ich bin der Meinung — vielleicht ist das etwas ketzlerisch —, daß wir in dieser Beziehung nicht etwa das Ausland um Hilfe anrufen sollten. Wir müssen versuchen, die Auslandshilfe auf ganz bestimmte Punkte zu konzentrieren. Wir müssen uns, solange wie es geht, mit 100 g Fleisch je Woche zufriedengeben gegenüber einem Kilogramm Fleisch in der Friedenszeit. Die deutsche Bevölkerung hat im Frieden 52 kg pro Kopf im Jahre gegessen, das ist pro Woche ein Kilogramm. Und in diesem Kilogramm befanden sich zwei Drittel fettes Schweinefleisch! Das war eine Zusammenstellung, von der man sagen konnte, das ist nicht nur Fleisch, sondern auch Fett. Und dieses unsichtbare Fett trat bei unserer Fettration überhaupt nicht in Erscheinung! Und was bekommen wir heute? Wenn wir die 600 g Fleisch voll erfüllen wollten, dann müßten wir 150 g mageres Rindfleisch in der Woche bekommen. Und ich sehe keinen entscheidenden Grund, etwa zu sagen, das geht nicht, wir müssen unter Umständen tiefer in unsere Viehbestände greifen, wenn diese 150 g fehlen sollten.

Die **Fischversorgung** wird auch im nächsten Monat bis zum Juli wahrscheinlich schlechter werden. Wir haben die Rationen nicht ganz erfüllen können, weil die Einfuhren nicht befriedigend waren.

In der **Gemüseerzeugung** liegen die Dinge so, daß wir Hoffnung haben, auf etwa 50—60 Prozent der Friedenserzeugung zu kommen, Erzeugung, nicht Erfassung. Die Erfassung beim Gemüse restlos durchzuführen, ist außerordentlich schwer. Im vorigen Jahr lagen die Dinge so, daß zu der Zeit, als die Gemüseanbaugelände nicht abgesperrt waren, 80 Prozent der Erzeugung erfaßt wurden, und in dem Zeitpunkt August—September, als diese Gebiete gelockert wurden, wurden noch zehn Prozent erfaßt. Nachher hat man sie wieder abgesperrt, und da sind die Zahlen wieder auf

80 Prozent gestiegen. Deshalb haben wir rechtzeitig die Absperrung wieder vorgenommen. Das soll nicht heißen, daß wir den Verbraucher kontrollieren wollen. Wenn Sie mit den Gemüsebauern in den Gebieten sprechen, dann wird Ihnen gesagt, daß täglich 100—300 Menschen auf die Höfe kommen und Gemüse haben wollen. Unter diesen Umständen können die Familienmitglieder der Gemüsebauern nicht mehr auf dem Felde sein, um die Erzeugung wirklich durchzuführen. Es ist ein ganz unmöglicher Zustand, daß derartige Gebiete dem Hamstertum völlig preisgegeben werden. Wir könnten da die ganze Erfassung und Organisation ad acta legen. Beim Gemüse hat es auch an Gemüsesamen gefehlt; es fehlt Kohle, Glas, Bearbeitungsgeräte; der Gemüsebau ist also in derselben traurigen Lage wie der übrige landwirtschaftliche Erzeugungsteil.

Abschließend zu diesem Kapitel: Die Erzeugungsbedingungen des Landwirtes und des Gemüse- und Obstbauern sind außerordentlich eingengt und schwer. Die Erfassung durchzuführen bei einem solchen Ausmaß von notleidenden Menschen, die auf das Land strömen, ist ebenfalls sehr schwer. So wird z. B. von Hannover gesagt, die Kartoffeln kämen deswegen nicht, weil die Bauern sie in sehr starkem Maße zurückbehielten, da sie das einzige seien, was den Menschen, die an die Türe klopfen, noch gegeben werden könnte, damit sie friedlich blieben; und es geschieht ganz selbstverständlich nicht nur, um etwas zu geben, sondern darüber hinaus liegt auch ein Abgleiten in das ungesetzliche Verhalten vor. Da einen Prozentsatz zu nennen, ist schwer. Je länger wir diesen Zustand haben, je länger die Not des Volkes andauert, der Verführer aufs Dorf kommt und etwas anbietet, solange bekommt er auch etwas. Erst wenn wir solche Bedingungen haben, daß der einzelne nicht mehr aufs Land hinauszukommen braucht wird die Erfassung wieder leichter werden. Darüber hinaus haben wir vor, dieses Erfassungssystem in starkem, grundsätzlichem Umfang zu ändern.

Ich habe Ihnen bereits angekündigt, daß das Erfassungssystem auf einer vollständig neuen Grundlage aufgebaut werden soll. Es wird bei jedem Erzeuger Bodenart, Absatzlage und Verkehrslage festgestellt. Auf dieser Grundlage wird das Soll aufgebaut; von der Provinz aus auf den Kreis, vom Kreis auf die Gemeinde, von der Gemeinde auf den einzelnen Betrieb. Bei dieser Schätzung und bei dieser Umlage wirken so viel Außeninteressierte mit, daß eine falsche Angabe über die Größe des Betriebes, über die Größe der Ackerfläche, über die Größe des Grünlandes praktisch nicht unterlaufen kann. Dazu kommt, daß die Wirtschaftsberatung sich der Betriebe annimmt, besonders aller, die Unterlieferungen haben. Bei diesen wird sofort klar festgestellt, wie steht es mit der Grundlage des Betriebes, wieviel Ackerfläche, wieviel Grünland ist angegeben. Und sobald sich Differenzen herausstellen, wird dieses Land zu Siedlungszwecken einbezogen. Bei der Feststellung des Viehs, bei der Viehumlage, ist es ebenso.

Es sind eine Reihe von sehr scharfen Prüfungen unternommen worden. Es sind ganze Dörfer umstellt worden, damit nicht ein einziges Stück Vieh herausgetrieben werden konnte. Dabei sind in einzelnen Dörfern sehr betrübliche Feststellungen gemacht worden, in einzelnen Dörfern, z. B. im letzten, das mir bekannt wurde, sind ein Bulle, ein Schwein, zwei Kälber und noch irgendein Tier verschwiegen worden, so daß es also praktisch einen Ort bei uns gab (das möchte ich hier ausdrücklich feststellen), der nach dieser Richtung absolut nicht in Ordnung war. (Zuruf des Abg. Kaiser (KPD): Aber einen gab es nur?). Einen, den wir festgestellt haben, Herr Kaiser. Ich kann Ihnen sagen: Wenn wir einen ganzen Kreis durchgekämmt haben und haben aus diesem Kreis 50 Kühe herausgeholt, 50 Kühe, die nicht angemeldet waren, und wenn Sie sich dann den Prozentsatz ausrechnen — bei 15 000 Tieren 500 —, dann müssen Sie immer noch sagen: so bedauerlich an sich das Ergebnis ist, der Prozentsatz ist außerordentlich gering. (Zuruf Renner: Alles ist relativ.) Alles ist relativ auf der Welt. Ich will damit denjenigen Bauern, die ihre Pflicht nicht tun, absolut

nicht etwa nach dem Munde reden oder ihnen Absolution erteilen. Ich sage diesen Bauern immer: Wenn Ihr Eure Pflicht gegen das deutsche Volk nicht tut, könnt Ihr Euch ruhig als außerhalb des deutschen Volkes stehend betrachten. (Zustimmung, Zuruf links: Was denen das ausmacht!) Wir gehen gegen diese Bauern mit der gebotenen Schärfe vor, mit Zwangsverpachtung, mit Strafaufgabe, mit Ordnungsstrafen, mit Anzeigen, mit Vieheinholung usw.

Ich habe vor — ich konnte das bisher noch nicht machen —, eine Kontrolle einzuführen zusammen mit diesem neuen Erfassungssystem, das auf Getreidewerten aufgebaut ist. (Zuruf links: Wie Kontrollausschüsse.) Herr Kollege Herzner, die gibt es schon. Die letzten Getreidemengen sind natürlich, wie Sie sich denken können, besonders schwer aus den Betrieben herauszuholen. Da gehen in jedem Ort die Kommissionen herum und suchen. Selbstverständlich ist es so, bei einem geschickten Bauern, der betrügen will, werden Sie nichts finden, auch keine Kommission. Wenn wir diesen Bauern aber ein Soll auferlegen, das die Gesamtleistung in Getreidewerten erfaßt und diese Gesamtleistung sich dann ausdrückt in einem Wert, den man, von Betrieb zu Betrieb gesehen, vergleichen kann, dann ist es mir auch möglich, im Dorf bekanntzugeben: Soviel hat der oder jener leisten müssen und soviel hat er geleistet. Dann hat der Kontrollausschuß eine sehr einfache Arbeit.

Ich bin von mir aus deswegen so weit gegangen, Ihnen diese Vorschläge zu machen, weil ich der Meinung bin, daß selbst, wenn das Gerede des Auslandes nicht in dem Umfang berechtigt ist, wie man es tatsächlich heute draußen glaubt, wir dem Ausland schon den guten Willen nach jeder Richtung hin zeigen müssen. Wir müssen unseren Bauern heute vielleicht manches zumuten, was wir ihnen in normalen Zeiten überhaupt nicht zumuten würden. Wir müssen es schon deswegen, damit das Ausland erkennt: die Deutschen sind von sich aus bereit, alles zu tun, was zu einer besseren Erzeugung und Erfassung aus eigenem Boden möglich ist.

Wie steht es mit der Leistung der deutschen Länder? Haben die deutschen Länder in dieser Not zusammengestanden? Sie wissen darüber genügend. Ich brauche mich im einzelnen nicht auf Polemiken einzulassen. Ich habe auch nicht die Absicht dazu, möchte Ihnen aber vorlesen, wie die Leistungen von Niedersachsen und von Bayern sind, denn das sind die beiden großen Überschußländer, die uns normalerweise mit Kartoffeln, mit Vieh und Fleisch und Fett beliefern. Und da liegen die Dinge in Fleisch in den beiden letzten Perioden folgendermaßen: Rückstände aus der 100. Periode heute noch 3000 Tonnen, aus der jetzigen Periode, die am Sonnabend zu Ende ist, haben wir noch Rückstände von über 3500 Tonnen. (Zuruf: Das sind wieviel Prozent? Wir haben in der Zuteilungsperiode bei 600 Gramm einen Fleischverbrauch von 9600 Tonnen, das heißt also, die Rückstände in der 101. Periode, die wir praktisch gänzlich erhalten haben müßten, betragen über ein Drittel. (Zuruf Renner (KPD): Also erklären wir ihnen den Krieg.)

In Butter liegen die Dinge folgendermaßen: Da sind aus der 100. Periode noch 600 Tonnen rückständig und aus der 101. noch 2400 Tonnen. Nun muß ich Ihnen natürlich sagen, daß die Landwirtschaft in den beiden Ländern es auch nicht leicht hat. Es ist nicht so, daß das einfach mit schlechtem Willen abzutun wäre. Es ist heute so, daß wir bei unserem Nachbarland Niedersachsen den guten Willen ohne weiteres unterstellen können.

In Bayern liegen die Dinge so, daß es sehr lange gedauert hat, bis Bayern hinsichtlich der vermehrten Schlachtung angelaufen ist. In Bayern werden allein auf dem Münchener Markt, statt 700 Stück Vieh vor einigen Wochen, heute 5000 aufgetrieben, allein auf dem Münchener Markt! Der Kollege Baumgartner, der zur Zeit hier ist, hat mir erzählt, daß sie in dieser Zuteilungsperiode 60 000 Rinder schlachten müssen. (Zuruf: Für wen?) Im wesentlichen für Berlin, für sich und für Berlin, natürlich auch für uns. Aber,

da Berlin die Priorität in der Lieferung hat, stehen wir dahinter, und da die Berliner Lieferungen noch nicht erfüllt sind, stehen wir immer am Ende. Berlin bekommt allein von diesen bayerischen Schlachtungen 3500 Tonnen in der Zuteilungsperiode. Sie müssen heute bei den mageren Tieren ungefähr sieben bis acht Kühe oder Rinder auf eine einzige Tonne rechnen gegen früher fünf oder sechs. Dann können Sie sich ausrechnen, wieviel tausend Tiere jetzt geschlachtet werden und was es für ein volkswirtschaftlicher Unsinn ist, in der jetzigen Zeit die mageren Tiere zu Tausenden zu schlachten, die uns im Herbst einen Fleisch- und Fettzuwachs von mindestens 30, 40, 50 Prozent bringen (Zuruf Henßler (SPD): Hat man uns im vorigen Jahr auch gesagt und im Herbst ist doch nichts geschlachtet worden, wir haben jedenfalls nichts gesehen.) Herr Kollege Henßler, es ist im Herbst vorigen Jahres tatsächlich stärker geschlachtet worden. Es ist nur so, daß die Zuteilungen damals trotzdem nicht höher waren, weil ein ganz großer Teil dieser Schlachtungen in die Kühlfäuser gegangen ist. (Zuruf: Nein, weil sie in den Stall gegangen sind.) Das ist ausgeschlossen.

Es ist ja so, meine Damen und Herren, die Zahlen des lebend in den Ställen stehenden Viehs gehen dauernd durch die Viehzählung, werden kontrolliert; es wird außerdem laufend kontrolliert, was geschlachtet wird. Davon kann sich ja jeder überzeugen. Was ist denn geschlachtet, was wird z. B. im nächsten Jahr aus Hannover und aus Schleswig-Holstein von deren Fettweiden aufgetrieben. (Zuruf links: Nur, wenn sie Viehkarten haben, das Vieh tätowieren.) Die werden hoffentlich im nächsten Jahr auch das Erfassungssystem haben, das wir hier bei uns einführen. Dann werden sie es aus eigenem Interesse tun, weil die tierischen Produkte Milch, Butter, Fleisch bei dieser Getreidebewertung günstiger stehen, weil sie damit ihr Soll leichter erfüllen, und deshalb geben sie es wahrscheinlich eher. (Zuruf SPD: Ist es richtig, daß man in Würzburg auf halbe Fleischmarken kaufen kann? Minister Lübke: Das kann ich Ihnen leider nicht beantworten, ich weiß es nicht. Zwischenrufer: Ich weiß es, ich habe selber gekauft.) Falls derartige Fälle vorgekommen sein sollten, muß ich sagen, wäre das ein bedauerliches Ergebnis der gegenseitigen deutschen Hilfe. Wenn eine derartige Umgehung der Zuteilungen, eine Umgehung der Rationsfestsetzungen, in einer derartigen Form stattfände, könnte man das nur schärfstens verurteilen. Das wäre tatsächlich der Versuch, sich den Verpflichtungen gegenüber unserem hungernden Land auf diese Weise zu entziehen. (Zwischenruf Frau Abg. Teusch: Sicher die Blut- und Leberwurst, die auch hier auf halbe Marken abgegeben wird.)

Es wird soviel von den Vollmachten und Befugnissen für das **Zweizonenamt** gesprochen. Das Zweizonenamt für Ernährung hat diese Vollmachten bekommen, kann aber trotzdem nichts veranlassen. Es kann zwar die entsprechenden Anweisungen an Bayern oder Niedersachsen oder an irgendein anderes Land geben, diese Schlachtungen und diese Auslieferungen vorzunehmen. Das Zweizonenamt hat aber keine Exekutive. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, Ihr habt volle legislative und exekutive Gewalt, und auf der anderen Seite Zweizonenämter, z. B. in der Ernährung, errichten, die dann diese Zweizonenpolitik durchsetzen sollen. Das sind Dinge, die sich widersprechen.

Es kommt noch hinzu, daß Stuttgart in dieser laufenden Periode statt der beschlossenen 600 Gramm zugunsten von Nordrhein-Westfalen nicht 600, sondern 400 Gramm aufrufen wollte; von der Militärregierung ist veranlaßt worden, 100 oder sogar 200 Gramm mehr aufzurufen. Das Ergebnis war, daß dann diese Mengen zwar dort verteilt werden mußten, aber uns nicht zugute kommen. Durch derartige Einmischungen in die Rationsverteilung schädigt man immer das hungernde Land und niemand anderes.

Wochenlang, zum Teil monatelang, bestanden diese Streitigkeiten zwischen den anderen Ländern und uns. Die Sitzungen in Stuttgart waren so, daß man sich fürchtete, überhaupt hinzugehen, weil es ununterbrochen zu

Differenzen kam. (Zuruf Renner: Es sind doch alles Deutsche.) Es ist genau so, als wenn die Hungerzeit an den einzelnen herankommt, der dann für sich selber sorgt. So sorgt auch normalerweise das Land zunächst für sich selber. Und gerade dann, wenn Bayern, wie in den letzten Wochen, tausend Gramm Brot verteilen konnte oder mußte, dann haben sie natürlich erst recht daran gedacht, für sich selber zu sorgen. Ich glaube, daß wir auf diesem Gebiet für die kommende Zeit durch das Zweizonenamt unterstützt werden, das den Standpunkt vertritt, daß Nordrhein-Westfalen eine Sonderbehandlung hinsichtlich der Ernährung verdient. Ich habe mehrfach bestimmte Sonderstücke für Nordrhein-Westfalen dort unten herausgeholt, z. T. ohne die Zustimmung der übrigen Ernährungsminister, z. T. mit einstimmiger Einwilligung der übrigen Ernährungsminister. Daraus ergibt sich dann von selbst, daß gewisse Vorlieferungen, gewisse vorberechtigte Lieferungen von den Nachbarländern, also Niedersachsen und Bayern, getätigt werden müssen, damit hier wirklich mal aus Vorräten gewirtschaftet werden kann und nicht immer bloß von der Hand in den Mund.

Nun zu der dritten Frage! Haben uns denn die Besatzungsmächte im Stich gelassen? Ist es d a r a u f zurückzuführen, daß sich die Hungerkrisen gegenseitig derartig die Hände gereicht haben, daß wir von der einen in die andere gegangen sind? Wir waren mit den Besatzungsmächten darüber einig, daß eine Ration in Brot von 10 000 Gramm ausgegeben werden soll und in Nahrungsmitteln von 1500 Gramm pro Zuteilungsperiode. Unter diesen Voraussetzungen beträgt der Bedarf für Nordrhein-Westfalen 1 830 000 Tonnen im Jahr. Davon decken wir 480 000, also rund 500 000 Tonnen selbst, der Rest muß eingeführt werden. Da kein einziges deutsches Land, weder Niedersachsen noch Schleswig-Holstein, noch Bayern im Getreide ein Überschußland ist, konnte dieser Zuschuß nur von außen kommen. Es war uns auch in sichere Aussicht gestellt, daß die erforderlichen Zufuhren erfolgten, und zwar seit dem 1. Januar, seit der Zeit, wo die Vereinigung der beiden Zonen in Gang gesetzt wurde.

Also in einem Vierteljahr, so bestätigte Dr. Dietrich, der Leiter des Zweizonenamtes, sind 330 000 Tonnen zu wenig gekommen. Wir haben in der letzten Zeit also etwa von der 97. bis 101. Zuteilungsperiode 93 000 Tonnen zu wenig bekommen. Im April sollte die Einfuhr steigen. Sie stieg nicht. Im Mai sollten sehr viele Schiffe kommen, sie kamen auch nicht. Und jetzt ist die Lage so, meine Damen und Herren, daß wir nur mit knapper Mühe die 1500 Gramm pro Woche halten, die wir jetzt ausgeben, mit ganz knapper Mühe. Wir stoßen überall schon an die Decke, an die sehr dünne Versorgungsdecke, und das kommt daher, daß die D a m p f e r z u t e i l u n g e n, die uns zugesagt worden sind, ausbleiben. Das ist das Bild, auf dem sich überhaupt nicht disponieren läßt.

Es war ein betäubendes Bild in Stuttgart. Praktisch bedeutete es den gesamten Zusammenbruch der Ernährung, als man in Stuttgart nicht in der Lage war, die Brot ration festzusetzen. Warum? Weil gar keine Übersicht über die Versorgungslage gegeben war. (Hört! Hört!)

Ich kann Ihnen sagen, daß uns bei der Behebung dieser Situation sowohl die englischen wie auch die amerikanischen Besatzungsbehörden nach Kräften unterstützt haben und man hat selbst den Eindruck, daß diesen Vertretern der Besatzungsmächte hier das Eintreten solcher Pannen höchst fatal ist. Aber Tatsache ist jedenfalls, daß für den Hunger auf dem Gebiete von Brot und Nahrungsmitteln die deutsche Landwirtschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann. Es ist zwar so, daß auf Grund der Zahlen, die ich Ihnen eben mitteilte, die deutsche Landwirtschaft auch mit daran schuld ist. Es sind aber die Mengen, die von uns aus schon dagegen geliefert werden müssen so, daß sie denen der Versorgung gegenüber gar keine Rolle spielen.

Das Nachlassen der Leistungsfähigkeit unserer Bevölkerung — ich skizzierte es kurz im Anfang — ist hauptsächlich ein Problem des F e t t m a n g e l s. Wenn unsere Menschen Fett hätten, wenn unsere Menschen

satt Brot zu essen und Kartoffeln hätten, dann wäre das Schlimmste in der Ernährung behoben. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Es ist kein Grund, sich darüber aufzuregen. Ich habe diese Dinge deswegen hier genannt, damit Sie sehen, auf welche Punkte wir uns konzentrieren. Wir wollen den Brot- und Nahrungsmittelsektor außerhalb jedes Risikos halten. Der einzelne Mensch muß wissen: Er kann bei seinem Bäcker regelmäßig sein Brot abholen, und zwar in einer ganz bestimmten Menge. Das muß klargestellt sein. Und wenn die Ausländer dann ihre Verpflichtungen halten und unser inländischer Verbraucher bekäme dann nicht sein Brot, dann könnte man mit Recht sagen: Da ist nur die deutsche Landwirtschaft schuld. Dann kann man mit Recht den ersten Stein auf den Bauern werfen.

Das Zweite ist die Frage der Kartoffeln. Dafür müssen wir selbst sorgen und ich bin der Meinung, das können wir auch. Ich bin auch der felsenfesten Überzeugung, daß wir im Herbst, wie schon vorhin angedeutet, von den rund 200 000 ha oder auch von den 190 000 ha in der britischen Zone in der Lage sind, jedem Verbraucher einen Doppelzentner zu geben.

Nun komme ich zu der Frage des Fettmangels. Sind wir bei unserer Milcherzeugung — und darauf stützt sich unsere Fettversorgung — in der Lage, auch nur die jetzige, viel zu niedrige Fettration zu halten? Und diese Frage muß ich Ihnen klipp und klar mit „Nein“ beantworten. Man stellt so viele phantastische Berechnungen in der Presse an: Bei vier Liter Milch im Durchschnitt könnte z. B. die Fettration auf 400 Gramm für den Normalverbraucher erhöht werden. Meine Damen und Herren! Das ist purer Unsinn. Es ist nicht möglich, selbst wenn wir die Zahlen erreichen würden, die wir voriges Jahr errechnet haben, daß wir also 28,2 Prozent weniger hätten, als im Frieden, also rund 30 Prozent. Das kann man verstehen. Die Grünländereien haben schon im Kriege keinen Kunstdünger und überhaupt keinen Dünger bekommen und seit dem Zusammenbruch überhaupt nichts mehr. Seit Jahren also liegt das ganze Grünland ohne Versorgung und es ist ganz selbstverständlich, daß dort, wo dann auch noch Samen fehlt, wo Klee- und Luzernesaatgut fehlt, daß da an ein eiweißreiches Futter überhaupt nicht zu denken ist.

Ich möchte außerdem öffentlich feststellen, daß besonders bei uns im Lande bei den vielen Zulagen pro Kopf der Bevölkerung praktisch 425 g Fett herauskommen, das sind in der Zuteilungsperiode ungefähr 5100 Tonnen, und diese Rationen werden voll erfüllt. Die 200-g-Ration ist nur für den Normalverbraucher da, d. h. also für den am schlechtesten Versorgten unter uns allen.

Nun wird uns gesagt, der Mensch brauche gar kein Fett, der Mensch könne auf andere Weise mit Kohlehydraten die Fette bilden. Meine Damen und Herren! Warum tun es die anderen Völker nicht? Wir hatten vor dem Kriege etwa 30 Prozent tierische Produkte in unserer Nahrung. Wenn wir zurückgehen auf 25 oder selbst 20 Prozent, dann würde das eine erträgliche Zumutung sein für unser armes Volk. Wir haben aber praktisch nicht einmal zehn Prozent.

Wenn Sie sich die Zahlen in anderen Ländern ansehen, wie z. B. in unserem Nachbarland Holland, das praktisch auch nicht sehr reich aus dem Kriege hervorgegangen ist, so stellen wir fest, daß es heute schon an Butter 250 Gramm in der Woche bekommt, das sind 1000 Gramm in der Zuteilungsperiode. Dabei werden die Schlachtfette nicht einmal mit einberechnet. Genau so ist die Situation in Dänemark. In England hält man den Fettverbrauch künstlich niedrig, wahrscheinlich aus Devisengründen, weil man hinsichtlich der Einfuhr bremsen und auch dem eigenen Volke Einschränkungen auferlegen will, natürlich auch, um anderen zu helfen.

In den USA liegen die Dinge so, daß der sehr hohe Verbrauch an tierischen Produkten weiter gestiegen ist und bei etwa 45 Prozent liegt. Unter diesen Umständen ist wohl anzunehmen, daß die Behauptungen, die uns

immer von unsachverständiger Seite vorgetragen werden, wir brauchen kein Fett, um gesund und leistungsfähig zu bleiben, wohl kaum richtig sein dürften. Und durch die immer wiederkehrende Behauptung wird die Behauptung nicht richtiger.

Warum braucht der Bergmann richtigen Speck? Warum läuft uns das Wasser im Munde zusammen, wenn wir überhaupt nur von Fett, Butter und Speck reden? Deswegen, weil wir es nach den jahrtausendealten Lebensgewohnheiten im hiesigen Bezirk für den physiologischen Aufbau brauchen, daß es ohne das gar nicht geht, wenn nicht Schwund des Gedächtnisses, Schwund der allgemeinen Körperkraft und Leistungsfähigkeit unserer Bevölkerung die Folge sein sollen. Ich bin sicher, daß in zehn bis zwanzig Jahren unsere Wissenschaft diesen physiologischen Zustand klar aufdeckt, was wir heute noch nicht wissen. Wir können nur heute aus den Reihenuntersuchungen sagen: Wenn die erforderlichen Mengen tierisches Eiweiß und tierisches Fett nicht dem Körper zugeführt werden, fällt der Mensch schließlich um. Das wissen wir. Und wenn die Engländer ihre Sachverständigen fragen und die Amerikaner ihre zuständigen Wissenschaftler und die Professoren des früheren Völkerbundes gefragt werden — sie beantworten diese Frage genau wie ich mit ja. Und deshalb kann ich nicht verstehen und begreifen, weshalb das deutsche Volk bei der vorhandenen Fettknappheit bei diesen Rationen stehenbleiben muß. Ich bin der Meinung, daß trotz der vorhandenen Fettknappheit in der Welt dem deutschen Volke Fett zugeführt werden muß und wir wollen dabei gar nicht etwa das Devisenkonto der anderen Länder belasten, wir wollen gar nicht ihren Geldbeutel angreifen, wir wollen es mit eigener Ausfuhr bezahlen.

Es liegen Angebote vor aus dem Auslande, eine ganze Reihe. Z. B. meldete Stuttgart Angebote aus Dänemark auf monatlich 150 Tonnen Schmalz — abgelehnt wegen zu hohem Preis —; zweitens Haselnußkerne aus der Türkei 10 000 Tonnen — abgelehnt, weil angeblich zu teuer —; drittens 6—8000 Tonnen Olsaaten über Frankreich — noch keine Entscheidung —; viertens 5—8000 Tonnen Olivenöl aus Griechenland — keine endgültige Entscheidung —; fünftens 5000 Tonnen norwegisches Walöl gegen Kohle — abgelehnt —; sechstens 5000 Tonnen norwegisches Walöl gegen Soda und Eisenfertigung — Antrag noch in Münden in der Bearbeitung; französische Angebote von 6000 Tonnen Erdnüssen und anderen Ölfrüchten gegen Devisen — ist noch nicht entschieden.

Interessant ist folgendes, daß ein Angebot aus Dänemark abgelehnt wurde: Einfuhr nicht erforderlich, weil die Food and Agricultural-Dienststelle in Washington genügend Einfuhr sicherstelle — es wird von Walöl und Speck gesprochen —, d. h. wenn die Nachfrucht, die aus Stuttgart gekommen ist, richtig ist.

Dieser Fettmangel in Deutschland darf nicht weiter bestehen bleiben und deshalb will Washington, die Internationale Fettkonvention, die den gesamten Fettmarkt auf der Welt zusammenhält, offenbar eingreifen.

Italien bekommt in diesem Jahre vom 1. April ab bis Ende d. J. von derselben Fettkonvention in Washington 60 000 Tonnen Fett und Öl. Hätten wir nur diese Zufuhr, wäre uns schon wesentlich geholfen. Wir haben auch noch andere Möglichkeiten der Fettfabrikation.

Wir hatten vor dem Kriege einen Veredelungsverkehr mit Olkuchen, der etwa 700 000 Tonnen betrug. Wenn wir lesen, daß Holland in diesem Jahre 250 000 Tonnen Kopra bekommt, und wir würden diese Olkuchen, die aus dieser Kopra stammen, über Deutschland kommen lassen, und wir geben sie wieder an Holland und Dänemark zurück, dann könnten wir diese Olkuchen, die ungefähr zehn Prozent Fette enthalten, auf ein Prozent extrahieren. Das Öl wird durch lange Lagerung nur rapzig. Neun Prozent, die wir herausholen könnten, würden gewonnen werden, ohne dem Weltmarkt zu schaden und ohne Devisen zu brauchen.

Es wäre auch notwendig, die deutsche Walfangflotte wieder in Gang zu setzen, um auf diese Weise, ohne den Fettmarkt in der Welt zu belasten, eigenes Walöl zu bekommen. Sie sehen also Möglichkeiten, Fette zu erhalten, die zum Teil noch aus den Industrien bei uns stammen.

Im übrigen glaube ich, daß bei den Hunderttausenden von Tonnen Kokos, die auf den Philippinen, in den Südseeinseln und in Afrika heute verkommen und verfaulen, weil sie nicht abgefahren und eingesammelt werden, der Umsturz der Weltmarktfettpreise für die nächsten Jahre bereits bevorsteht. Bei den riesigen Getreidernten, vor denen Amerika steht — hat es allein an Weizen in diesem Jahre eine günstige Rekordernte von 6,5 Millionen Tonnen mehr, als die Rekordernte des vorigen Jahres erbrachte; die Winterweizenernte ergibt 27 Millionen Tonnen gegen 23 Millionen Tonnen, und die Sommer-Weizenernte ergibt ungefähr acht Millionen gegen, wie ich glaube, fünf Millionen Tonnen. Diese Dinge sind aber nicht alles. Die gesamte Ernte in den USA wird dieses Jahr einschließlichs Mais, das den Hauptanteil ausmacht, auf 156 Millionen Tonnen geschätzt. Bei entsprechender Verteilung in der Welt wäre es meines Erachtens ohne jede Schwierigkeit möglich, unserer Forderung nachzukommen, die Sendungen termingemäß zu erledigen, damit wir nicht auf jedes Schiff zu warten brauchen und damit wir unsere Acht-Wochen-Reserve bilden könnten, um die wir immer gebeten haben.

Die Situation auf dem Gebiete der Erzeugung von Lebensmitteln auf dem Weltmarkt ist so, daß, wenn der politische Verstand nicht ausreicht, uns Deutschen rechtzeitig zu helfen, dann werden die ökonomischen Verhältnisse auf dem Weltmarkt in den nächsten Jahren diese Hilfe erzwingen. (Heiterkeit links und Widerspruch.) Ich bin der Meinung, daß diese Dinge rechtzeitig von den Besatzungsmächten hätten erkannt werden müssen.

Wir haben unsererseits, wie Ihnen wohl bekannt ist, dem neuernannten Minister für Deutschland, Lord Pakenham, vorgeschlagen, er möge für eine ordnungsmäßige, terminmäßige Getreideeinfuhr sorgen und zweitens dafür, daß der Weltmarkt für die Fetteinfuhr sich uns öffnet. Die Fetteinfuhr wollen wir selbst bezahlen mit Ausfuhr oder mit Kredit. Die Einstellung von Lord Pakenham zu dieser Forderung ist ganz unzweifelhaft freundlich. Das darf keinem Zweifel unterliegen. Ob er es in vollem Umfange durchsetzt, ist eine zweite Frage. Das hängt ja nicht nur von England ab. Die Erklärungen, die der Herr Gouverneur Asbury gestern dem Herrn Ministerpräsidenten und mir gegeben hat, waren in ebenso betont freundlicher Weise gegeben, daß ich mir nicht denken kann, daß bei dieser bedrohlichen Lage unseres schwer bedrängten und wichtigsten und größten deutschen Landes diese Dinge einfach abgelehnt werden könnten. Das kann ich mir schlechthin gar nicht vorstellen. Deshalb möchte ich glauben, daß wir diesen Nachrichten, die ja schon sehr oft günstig gelaute haben, einen gewissen Optimismus entgegenzubringen berechtigt sind. (Zuruf von der KPD: Haben Sie schon etwas bekommen?) Ich habe vorhin gesagt, daß es im Augenblick so ist, daß wir noch auf die Schiffe warten, und zwar auf vier, die uns allein 9000 Tonnen Mehl und 10 000 Tonnen Weizen und Mais bringen sollen, die dringendst hier sein müßten.

Wenn wir nun unsererseits sagen, daß wir alles in unserer Kraft Stehende tun werden hinsichtlich der Erzeugung und Erfassung, so ist die Erfassung so weitgehend, wie das vielleicht unsere Bauern gar nicht gerne sehen und vielleicht auch nicht erwartet hätten.

Wenn wir so weit gehen, daß jeder objektiv denkende Mensch sagen muß, die Deutschen tun alles, was in ihrer Kraft steht, dann können wir um so mehr mit Recht erwarten, daß die andere Seite uns hilft.

Am Schluß möchte ich nochmals sagen: Wo Hungersnot ist, kann keine Ordnung aufrechterhalten werden, wo Hungersnot, kann keine Planung wirksam sein, wo Hungersnot ist, helfen auch keine Versprechungen für die Zukunft. Deshalb rufen wir die Hilfe der Welt für unser notleidendes Land. (Beifall, Händeklatschen.)

Präsident Gockeln: Meine Damen und Herren! Sie haben den Bericht des Herrn Ernährungsministers gehört. Diese Darstellung enthüllte noch einmal, wie bereits mehrfach in diesem Hause geschehen, den ganzen Ernst der Lage, in der sich unsere Ernährungswirtschaft befindet. Es ist selbstverständlich, daß die hier im Hause versammelten Parteien eine Überlegung darüber anstellen wollen, in welcher Form der Wille dieses Hauses noch zum Ausdruck gebracht werden soll: Ich bitte die Parteiführer, darüber ihren Austausch zu führen. Es steht für eine solche Besprechung das Zimmer der Technischen Bibliothek, in der heute mittag die Aussprache stattfand, zur Verfügung. Ich bitte, mich dann wissen zu lassen, wie die Entscheidung dieses Ausschusses sein wird.

Meine Damen und Herren! Unter Punkt 2 der Ihnen übersandten Einladung steht

„Wahl der Ausschüsse“.

Hier handelt es sich um die Wahl der Mitglieder unserer einzelnen Ausschüsse des Landtages. Unser Ausschußverzeichnis enthielt bisher 12 Ausschüsse. Hinzukommt nach dem Beschluß des Landtages die Bildung eines bevölkerungspolitischen Ausschusses, so daß nunmehr das Verzeichnis 13 Ausschüsse enthält. Es ist der gemeinsame Beschluß der Parteien, daß diese 12er-Ausschüsse nunmehr auf 13 Mitglieder erhöht werden, um so allen Parteien eine angemessene Vertretung in diesen Ausschüssen zu sichern. Die Verteilung der Vorsitzenden dieser Ausschüsse ist noch Gegenstand der Beratungen der Parteien. Sie wollen es mir gestatten, daß ich Ihnen im Laufe der Verhandlungen am morgigen Tage die endgültigen Abmachungen der Parteien mitteilen kann.

Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Vorschlag, die bisherigen Ausschüsse von 12 auf 13 Mitglieder zu erhöhen, einverstanden ist und die Regelung für die Besetzung der Vorsitzenden vereinbarungsgemäß erfolgt.

Unter Punkt 3 der Tagesordnung steht: Wahl der Mitglieder des Zonenbeirats im Hamburg.

Wahl des Hauptausschusses.

Abg. Renner (KPD): Zur Geschäftsordnung! Wir waren doch übereingekommen, wenigstens den Hauptausschuß zu wählen.

Präsident Gockeln: Jawohl, Herr Renner, das ist beabsichtigt. Ich habe nur die Frage zurückgestellt, weil die Abmachung der Parteien bezüglich Besetzung der Vorsitzenden und Stellvertreter, die wohl im Zusammenhang mit dieser Bildung steht, noch nicht vorliegt. Ich schlage Ihnen vor, daß wir die Besetzung des Hauptausschusses vornehmen, wenn wir das Ergebnis über die Verteilung der Ausschüsse hier bekanntgeben können.

Abg. Renner (KPD): Der Vorsitzende des Hauptausschusses ist doch bereits festgelegt. Es ist doch gesagt worden, daß gerade zur Erledigung der Frage 3 der Hauptausschuß gewählt werden soll. Also müssen wir ihn heute wählen. Das kann durch Zuruf erfolgen.

Präsident Gockeln: Ich bin mit der Regelung einverstanden.

Vizepräsident Gnaß: Die stärkste Fraktion stellt den Vorsitzenden des Hauptausschusses. Dem wird nicht widersprochen.

Präsident Gockeln: Wir würden daher die Mitglieder des Hauptausschusses heute wählen können. Ich bitte um die Vorschläge der einzelnen Parteien.

Abg. Rippel (CDU): Für die Christlich Demokratische Union werden für den Hauptausschuß als Mitglieder vorgeschlagen: Abg. Dr. Konrad Adenauer, Dr. Hermann Pünder, Otto Rippel, Jöstingmeier, Karl Arnold.

Als Vertreter: Johannes Gronowski, Dr. Stier, Dr. Karl Müller, Dr. Robert Lehr, Wilhelm Elfes.

Präsident: Das sind die fünf Mitglieder, die die CDU zum Hauptausschuß stellt. Ich darf die SPD bitten, mir ihre Vorschläge bekanntzugeben.

Abg. Hensler (SPD): Meine Partei benennt die Herren Groß, Gnoß, Gör-
linger und Hensler.

Präsident: Ich darf die KPD um Vorschlag bitten.

Abg. Renner (KPD): Als ordentliche Mitglieder Becker und Wascher, als
Stellvertreter Kaiser und Lichtenstein.

Präsident: Die SPD will bitte noch die Stellvertreter nachnennen. Ich bitte
um die Vorschläge der Zentrumsparlei.

Abg. Brockmann (Z): Als Mitglied Abg. Brockmann, Stellvertreter Dr.
Spiecker.

Präsident: Herr Dr. Middelhaue, darf ich um Ihre Vorschläge bitten?

Dr. Middelhaue (FDP): Middelhaue, Stellvertreter Altenhain.

Präsident: Meine Damen und Herren! Sie haben die Vorschläge der ein-
zelnen Fraktionen zur Besetzung des Hauptausschusses gehört. Werden
weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall! Dann stelle ich die
Zustimmung des Hauses zu den gemachten Vorschlägen fest. Ich bitte dann
den Hauptausschuß, mir für die Sitzung bis morgen die Besetzung des
Vorsitzenden und die Aufteilung bekanntzugeben. Damit wäre dieser Punkt
der Tagesordnung erledigt.

Wahl der Mitglieder des Zonenbeirates.

Landtagspräsident Gockeln: Wir kommen zu Punkt 3: Wahl des Zonen-
beirats. Meine Damen und Herren! Es handelt sich um die Bestellung der
Vertreter im Beirat der Zone. Hierfür ist eine gemeinsame Vereinbarung
der Parteien getroffen, daß die Bestimmung der Vertreter heute in diesem
Plenum noch nicht erfolgen kann, da sowohl die Verhandlungen über die
endgültige Größe, d. h. über die Zahl der Mitglieder des Beirates, als auch
auf die Schaffung des Ausgleichs auf die verschiedenen Länder noch nicht
zu Ende geführt sind. Der Ältestenausschuß und die Parteiführer schlagen
daher vor, daß wir den Hauptausschuß ermächtigen, die Vertreter für den
Zonenbeirat zu bestimmen. Die Namhaftmachung dieser Vertreter soll bis
zum 11. Juni erfolgen, nach einer Mitteilung, die der Landesregierung zu-
gegangen ist. Wir wollen diese Regelung treffen, damit der Hauptausschuß
jederzeit unter Einhaltung dieser gegebenen Frist und unter Berücksich-
tigung der noch zu klärenden Fragen die Wahlen im Auftrage des Landtages
vornehmen kann.

Wird zu diesem Vorschlag des Ältestenausschusses das Wort gewünscht?
Ich sehe, das ist nicht der Fall. So darf ich Ihnen dann den Beschluß vor-
lesen. „Der Landtag beschließt die Ermächtigung an den Hauptausschuß,
die Vertreter für den Zonenbeirat zu bestimmen.“ Wer für die Annahme
dieses Vorschlages ist, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschleht.) Ich
danke Ihnen. Ich stelle fest, daß das einstimmig geschehen ist.

Wahl des Verfassungsausschusses

Landtagspräsident: In Ergänzung unserer Tagesordnung haben wir
noch das **endgültige Wahlergebnis zu bestätigen**. Das Landeswahlgesetz
selbst hat kein besonderes Prüfungsverfahren vorgesehen, auch kein be-
sonderes Prüfungsgericht. Der Vorschlag geht dahin, den Verfassungs-
ausschuß zu beauftragen, den Bericht des Landeswahlleiters entgegen-
zunehmen und gleichzeitig zu entscheiden über die Einsprüche, die bei dem
Landeswahlleiter eingegangen sind. Ich bitte das Haus um eine Äußerung,
ob es mit dieser Regelung einverstanden ist, ob der Verfassungsausschuß,
der dann diese Aufgabe noch während dieser Tagung erledigen kann, be-
rufen werden soll, den Bericht des Landeswahlleiters entgegenzunehmen
und gleichzeitig über die etwaigen Einsprüche zu entscheiden. Ich sehe, es
erhebt sich kein Widerspruch. (Zwischenruf Abg. Gnoß (SPD): Verfassungs-
ausschuß wählen lassen!) Wir hätten lediglich den Verfassungsausschuß zu

bestimmen. Ich hoffe, daß die Fraktionen bereits im Besitz dieser Vorschläge sind. (Zuruf Dr. Adenauer (CDU): CDU ist da!)

Abg. Albers (CDU): Von der CDU: Dr. Adenauer; Dr. Heinemann, Essen; Prof. Dr. Sier, Münster; Elfes, M.-Gladbach; Dr. Hermann Pünder, Köln. Als Stellvertreter: Hauptschriftleiter Dr. Hofmann, Aachen; Bürgermeister Scholjissek, Dortmund; Frau Christine Teusch, Köln; Otto Rippel, Dr. Johannig, Detmold.

Präsident: Darf ich die SPD um ihre Vorschläge bitten?

Abg. Henker (SPD): Die Abgeordneten Dobbert, Jacobi, Heiland, Sevring.

Präsident: Die Stellvertreter geben Sie uns dann bitte nachher noch herauf.

Abg. Heussler (SPD): Statt Herrn Abg. Dobbert den Abg. Eichler.

Abg. Renner (KPD): Als ordentliche Mitglieder die Abg. Schabrod und Wascher, als Stellvertreter die Abgeordneten Perk und Vesper.

Abg. Brockmann (Z): Als Mitglied Dr. Spiecker, Stellvertreter Dr. Reismann.

Abg. Middelhaue (FDP): Abg. Altenhain, Stellvertreter Abg. Middelhaue.

Präsident: Meine Damen und Herren! Sie haben die Vorschläge der Fraktionen zur Besetzung des Verfassungsausschusses gehört. Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Ich bitte dann diejenigen, die für den gemachten Vorschlag sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich danke Ihnen. Ich stelle fest, daß das einstimmig beschlossen ist.

Ich bitte dann, zu veranlassen, daß der Verfassungsausschuß im Laufe des heutigen Abends oder im Laufe des morgigen Tages mit dem Wahlleiter die Prüfung vornimmt.

In diesem Zusammenhang darf ich dem Haus Kenntnis von einer Mitteilung des Wahlleiters über die endgültige Zusammensetzung dieses Hauses geben. Es ist Ihnen bekannt, daß am 18. Mai im Kreis Kleve die Wahl erfolgt ist und daß nunmehr der Landtag aus 216 Abgeordneten besteht, die sich auf folgende Fraktionen verteilen:

CDU	92	Abgeordnete
SPD	64	"
KPD	28	"
Zentrum	20	"
FDP	12	"

Eine Übersichtskarte über die Verteilung der Sitze des Hauses haben wir fertiggestellt; sie wird Ihnen im Laufe des heutigen Nachmittags oder morgen früh überreicht werden. Ich habe damit die Punkte der heutigen Tagesordnung erschöpft bis auf die Entscheidung, ob die Parteien zu der Rede des Ernährungsministers eine Erklärung abgeben wollen. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Adenauer.

Abg. Dr. Adenauer (CDU): Wir beantragen, die Beratung über diesen Punkt jetzt abzubrechen und morgen fortzusetzen. Bis morgen wird die Entschließung dann fertiggestellt sein.

Präsident: Es ist vorgeschlagen, jetzt die Beratungen über diesen Punkt abzubrechen und morgen fortzusetzen. Erheben sich irgendwelche Widersprüche gegen diesen Vorschlag? Das ist nicht der Fall! Dann hat das Haus so beschlossen, daß heute über den Punkt nicht weiter debattiert, sondern morgen die Beratung fortgesetzt wird. Ich bitte um Stellungnahme, um wieviel Uhr das Haus versammelt werden soll.

Abg. Renner (KPD): Um 15.00 Uhr.

Präsident: Es wird vorgeschlagen um 15.00 Uhr. (Zurufe aus dem Zentrum: 11.00 Uhr.) Es wird vorgeschlagen, bereits um 11.00 Uhr zu tagen. (Zuruf

Abg. G n o ß (SPD): 12.00 Uhr.) Es wird der Vorschlag gemacht, sich bereits um 12.00 Uhr zu versammeln. (Verschiedene Zurufe: 11.00 Uhr und 12.00 Uhr.) Ich mache den Vorschlag, um 11.30 Uhr.

Abg. Jochens (SPD): Legen wir doch den Beginn auf 11.00 Uhr fest. Wenn wir dann nicht fertig werden, können wir immer noch weitermachen. Bei der früheren Festsetzung werden die Beratungen wahrscheinlich etwas schneller vor sich gehen.

Präsident: Es ist der Vorschlag gemacht, um 11.00 Uhr zu beginnen, dann ist vorgeschlagen, um 15.00 Uhr, der weitergehende Vorschlag ist 12.00 Uhr.

Abg. Reaner (KPD): Der weitergehende ist um 12.00 Uhr. (Gelächter.)

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, die für 11.00 Uhr sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die übergroße Mehrheit. Ich berufe die nächste Sitzung für morgen früh 11.00 Uhr.

Ende der Nachmittagssitzung 16.35 Uhr.